

SPENGLEREI DACHDECKEREI
WALLNER
JUDENBURG

info@wallnerdach.at
www.wallnerdach.at

Tel.: 03572-82712-10
Fax.: 03572-84148-30

STAUDINGER
METALLBAU GmbH

A-8020 Graz, Brückengasse 20
Tel.: 0316 / 71 52 55
Fax: 0316 / 71 52 55 - 27

**Ihr Spezialist für
Edelstahl, Aluminium,
Messing und Stahl**

Internet: www.staudinger-metallbau.at
E-mail: office@staudinger-metallbau.at

Facharzt für Urologie
Univ. Prof. Dr.

Richard Zigeuner
Stellv. Leiter Univ. Klinik Graz

. gesamte Urologie inklusive
laparoskopische Eingriffe (Niere)
. urologische Tumorerkrankungen

Ord.: Mo + Do 16-22 Uhr nach
tel. Voranmeldung (nur privat)
unter 0664 / 92 03 706

Franckstraße 21
8010 Graz
(Parterre links)
www.urologe-zigeuner.at

Antonius – Apotheke Wagna

Mag. Birgit Bartl – Martiniuk KG

Marburgerstraße 87
8435 Wagna

Telefon: +43 3452 71721
Fax: + 43 3452 7172 - 4
E-Mail: office@antonius-apo.at



Die ÖBV
ZukunftSicherung

Versicherung to go.

Einfach zugreifen.

- > Die Basisvorsorge, mit der ich monatlich Lohnsteuer spare.
- > Mein Arbeitgeber macht's möglich.
- > Ich brauche nur zu wählen.

Wir sind für Sie da: 059 808 | service@oebv.com | www.oebv.com

Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter www.oebv.com/bib.

Traum.Ziel.Leben.

Deine Personalvertretung!



9

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Kameradschaft der Exekutive Österreichs im ÖAAB,
1080 Wien, Laudongasse 16

Vorsitzender: Reinhard Zimmermann

Pressereferent: Leonhard Schinkel, Gerhard Diem

Redaktion: 1080 Wien, Laudongasse 16,
Telefon: 01 / 401 43 226.

Büro erreichbar: Mittwoch und Donnerstag: 8.00-15.00 Uhr
BAWAG PSK-Konto Nr. 1280764

Anzeigenleitung: Leopold Schneider

Inhalt: Informationen und Nachrichten für Mitglieder und Freunde der Interessensvertretung KdEÖ im ÖAAB. Vom Autor gezeichnete Kommentare stimmen nicht immer mit der Meinung des Herausgebers überein.

Grafik: Werbeagentur Rypka, Unterberg 58-60,
8143 Dobl/Graz, www.rypka.at

Druck: Druckhaus Thalerhof, Gmeinergergasse 1 – 3,
8073 Feldkirchen bei Graz

ZVR-Nr.: 316 299 167

e-mail: kdeoe@dieexekutive.at



Das Amtsgeheimnis soll abgeschafft werden

14

Die Exekutive

Seit 1948 das offizielle Organ der Kameradschaft der Exekutive Österreichs
Ausgabe 3 2022

Inhalt

Jede Verwertung, insbesondere Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen bedarf der Zustimmung des Herausgebers.



Einsatzkommando Cobra/DSE
Personenschutz

12



SIAK ist Mitglied der
INTERPOL Global
Academy

15

Polizeiliche Strahlen-
spürer – Wozu?

16-17



Polizistinnen retten
Säugling das Leben

26

Hat sich dein Name oder deine Adresse geändert?

In diesen Fällen sende uns ein E-Mail (kdeoe@dieexekutive.at).
Du kannst uns aber auch auf unserer Website
www.dieexekutive.at
deine neuen Daten bekannt geben.





Reinhard Zimmermann

Covid-Belohnung: Man könnte damit DANKE sagen

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Während vielerorts die Covid-19 Pandemie mehr oder weniger als beendet erklärt wird und man schön langsam Schritt für Schritt wieder der Normalität näherkommt, auch unter ständigen Warnungen vor dem kommenden Herbst – was auch richtig erscheint, haben manche politischen Vertreter vergessen, wie das alles war im Jahre 2020/21 und vor allem wer für Ruhe und Ordnung gesorgt hat.

Bereits im März 2020 hat der Zentralkomitee der Sicherheitswesen gemeinsam mit allen darin vertretenen Fraktionen den Antrag um Auszahlung einer entsprechenden Covid-Belohnung gestellt. Damals wurden wir von einigen wenigen Kollegen noch gescholten, ob wir nicht wüssten, dass es jetzt um die Existenz der Menschen ginge und wir froh sein sollten, dass wir einen sicheren Job haben und so weiter.

Nun, zwischenzeitlich wissen wir, dass die Bundesregierung zur Krisenbewäl-

tigung weit über 65 Mrd Euro investiert hat (Kurier vom 14.12.2021: „Der Fiskalrat kommt auf Krisenkosten inklusive 4. Lockdown von 68,9 Milliarden Euro“). Ja, es gibt trotzdem bestimmt einige Härtefälle wo man immer noch unterstützend eingreifen müsste und sollte.

Vizekanzler dagegen

Zwischenzeitlich hat sich mir aufgrund vieler Gespräche innerhalb und außerhalb des Hauses folgendes Bild dargestellt. Das Innenministerium hat sich des Antrages angenommen und entsprechende Schritte eingeleitet. Dabei ist man an das Finanzministerium herangetreten und konnte erwirken, dass selbst dieses einer Belohnung für die Polizei zustimmte. Lediglich das für solche Fälle zuständige Beamtenministerium BMKÖS, geführt vom grünen Vizekanzler, stellt sich dagegen.

Dass die Grünen im Allgemeinen und die Wiener Grünen im Speziellen von den Polizistinnen und Polizisten nicht viel halten, ist mir bekannt. Ich darf da nur an die Überlegungen die Basispolizei entwaffnen



zu wollen erinnern, die man wiederholt und auch noch nach dem Terrorüberfall in Wien stellte. (Siehe dazu Faksimile).



Offenbar hat es auch nicht geholfen, dass man den ehemaligen Gesundheitsminister (so wie andere grüne Regierungsmitglieder auch) mit Polizeischutz ausstattete, er auch wegen der Gefährlichkeit des Ministeramtes dieses niederlegte. Auch nicht geholfen





dürfte haben, dass der Angreifer auf die Grüne Klubobfrau im April 2022 gleich nach der Tat im unmittelbaren Umkreis des Tatortes festgenommen werden konnte. Klar ist es Aufgabe der Polizei für Recht und Ordnung zu sorgen, aber ebenso klar sollte es sein, dass man somit auch der Polizei positiv gegenüber steht.

Mein Zugang

Ich persönlich habe aber einen ganz anderen Zugang zum Thema Covid-19 und Belohnung für die Polizei: übrigen gilt das auch für den Gesundheitsbereich. Während der gesamten Pandemiezeit der letzten zwei Jahre hat der jeweilige Gesundheitsminister eine Flut an Verordnungen und Vorschriften erlassen. Kein Mensch hat sich zur jeweiligen Zeit mehr ausgekannt, nicht einmal die, welche die Verordnungen erlassen haben. Ein beträchtlicher Teil davon war einfach gegensätzlich, unumsetzbar oder so regional unterschiedlich, dass sich kein Mensch daran halten konnte. Dem Fingerspitzengefühl der vollziehenden Kolle-

ginnen und Kollegen ist und war es zu verdanken, dass man mit der Vollziehung der Verordnungen so umging, dass auch die Bevölkerung zumindest einigermaßen damit leben konnte. Hätte man nämlich den teilweise verordneten Text umgesetzt ohne nachzudenken, wäre wohl der Unmut der Menschen deutlich und vor allem härter zu spüren gewesen.

**Die Polizistinnen
und Polizisten
haben wieder
einmal den Kopf
hingehalten**

Darüber hinaus haben die Polizistinnen und Polizisten wieder einmal den Kopf hingehalten, indem sie sich in Unterstützung der Gesundheitsbehörden um die Einhaltung der Verordnungen und Gesetze gekümmert haben, beginnend von der Maskenpflicht über Ausgangsverbote bis hin zu Kontrollen der Quarantäne, und all das bis heute. Alles Sache der Gesundheitsbe-

hörden. Gerade der Spruch „Immer wenn alle Menschen zu Recht wegläufen oder sich einsperren, läuft die Polizei hin“, passte noch nie so deutlich wie zu Pandemiezeiten.

Dafür dankt uns der Herr Vizekanzler, indem er meint, dass die Polizistinnen und Polizisten keine finanzielle Belohnung erhalten brauchen. Was hätten sie denn schon zur Bekämpfung der Pandemie beigetragen, und wieviel das wieder kosten wird? Wer könnte denn da noch aller daherkommen? Wir als FCG-KdEÖ – sicher aber auch mit der Unterstützung der anderen Fraktionen im ZA – werden weiterhin dafür kämpfen und eintreten, dass sich vielleicht auch der Herr Vizekanzler davon überzeugen lässt, dass man den Kolleginnen und Kollegen mit gutem Gewissen und vergleichbar wenig finanziellem Aufwand auf diese Art DANKE sagen könnte. Alles Gute, beste kameradschaftliche Grüße und bleibt gesund!

Euer

Reinhard Zimmermann
(Bundesvorsitzender)

Man könnte mit gutem Gewissen und vergleichbar wenig finanziellem Aufwand DANKE sagen



Europa-Parlament setzt klares Zeichen für Religionsfreiheit

Mandl: „Konflikte durch Unterdrückung bedrohen den Frieden.“

Sagartz: „EU muss sich weltweit für Religionsfreiheit einsetzen.“

Die Abgeordneten im Europaparlament widmen sich dem Thema der Religionsfreiheit: „Die Religionsfreiheit gehört zu den zentralen Freiheitsrechten“, sagen Lukas Mandl, Außenpolitiksprecher der ÖVP im Europaparlament und Christian Sagartz, stellvertretender Vorsitzender des Menschenrechts-Ausschusses im Europaparlament, über den Forderungskatalog des Europaparlaments zur „Verfolgung von Minderheiten aus Gründen der Weltanschauung oder Religion“.

Schlecht bestellt

„Weltweit ist es um die Religions-, Glaubens- und Gewissensfreiheit viel schlechter bestellt, als wir das in unseren Breiten oft annehmen. Frei zu sein, zu glauben oder auch nicht, den Glauben leben zu dürfen, den eigenen Kindern den Glauben zu vermitteln - all das ist für viele Menschen

ein Wunschtraum, dessen Verwirklichung ihnen in totalitären Systemen versagt bleibt. Das ist nicht hinzunehmen. Außerdem bedrohen Konflikte, die aus dieser Unterdrückung entstehen, den Frieden“, sagt Lukas Mandl, der auch Vorsitzender der Korea-Delegation im Europaparlament ist.

Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht und Menschenrechte gelten nicht nur für jedermann, sie gelten auch weltweit.

Sehr besorgt

Der Europa-Abgeordnete Sagartz erklärt: „Noch immer sind die Unterdrückung der Meinungs- und Religionsfreiheit und die Verfolgung von Andersdenkenden in zahlreichen Ländern Realität. In mehr als

70 Staaten der Erde werden Blasphemie und Ketzerei als Straftatbestände zum Teil drakonisch geahndet. Wir sind sehr besorgt über das Ausmaß an Benachteiligung und Diskriminierung von Minderheiten aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung und der leider weit verbreiteten Gewalt gegen sie. Um dagegen vorzugehen, müssen wir bei der Bildung ansetzen, den interreligiösen und den interkulturellen Dialog fördern und gegen Hassreden online wie offline konsequent vorgehen. Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht und Menschenrechte gelten nicht nur für jedermann, sie gelten auch weltweit.

Die Europäische Union muss die Rechte daher nicht nur innerhalb der eigenen Mitgliedsstaaten schützen, sondern sie auch über die Grenzen hinweg fördern und einfordern und sich für den Schutz von Minderheiten einsetzen.“

Karl Nehammer

100%



Karl Nehammer mit 100 Prozent zum Bundesparteiohmann der Volkspartei gewählt

Karl Nehammer ist ein bürgernahe und praxisorientierter Gestalter im politischen Leben. Er ist eine beispielhafte Führungspersönlichkeit – sowohl in den großen Linien und in der Durchsetzungskraft, als auch in der Zusammenarbeit von Mensch zu Mensch. Karl Nehammer ist ein guter Zuhörer, ein zutiefst ehrlicher und in jeder Lebenslage authentischer Mensch. Ich gratuliere ihm zu seiner Wahl zum ÖVP-Bundesparteiohmann und dem beeindruckenden Ergebnis von 100 Prozent“, so ÖAAB-Bundesobmann KO August Wöginger anlässlich des ÖVP-Bundesparteitages.

ÖAAB-Generalsekretär Abg.z.NR Christoph Zarits schloss sich den Glückwünschen an: „Mit Karl Nehammer an der Spitze und seinem schlagkräftigen Team ist die Volkspartei bestens aufgestellt, um die aktuellen politischen Heraus-

forderungen rund um die hohe Inflation und die Ukraine-Krise zu meistern und neue Perspektiven für die Zukunft Österreichs zu erarbeiten. Ich gratuliere zum sensationellen Wahlergebnis und freue mich auf g des ÖAAB können sich der neue Bundesparteiohmann und sein Team verlassen!“

Christoph Zarits:
„Mit Karl Nehammer an der Spitze und seinem schlagkräftigen Team ist die Volkspartei bestens aufgestellt“.

Ausdruck der Geschlossenheit

Bundeskanzler Karl Nehammer ist vom 40. außerordentlichen Bundesparteitag mit 100 Prozent zum Bundesparteiohmann der Volkspartei gewählt worden.

„Ich freue mich sehr über dieses Wahlergebnis, das die Geschlossenheit der Volkspartei zum Ausdruck bringt. Genau dieser Zusammenhalt ist gerade wichtiger denn je, denn angesichts der vielen Herausforderungen gibt es in den kommenden Wochen und Monaten viel zu tun – für die Volkspartei und Österreich. Ich freue mich, dass so viele Delegierte, Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitglieder am heutigen Bundesparteitag in Graz teilgenommen haben, denn sie alle sind unverzichtbarer Teil der Volkspartei – und tragen Tag für Tag zu einer starken Volkspartei und einem starken Österreich bei. Ich bedanke mich von Herzen für diesen überwältigenden Vertrauensbeweis, der große Verantwortung mit sich bringt“, betont Bundeskanzler und Bundesparteiohmann Karl Nehammer.

ÖAAB Wöginger/Zarits:
„Herzliche Gratulation an Karl Nehammer und sein Team zur beeindruckenden Wahl“.

www.dieexekutive.at





Norbert Schnedl
GÖD-Vorsitzender

257.753 Mitglieder stärken die Durchsetzungskraft der GÖD!

Im Jahr 2021 stieg die Mitgliederzahl der GÖD trotz Pandemie und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen mit 1. Jänner 2022 auf insgesamt 257.753 Mitglieder. Dies entspricht einem Anstieg von 1.843 Gewerkschaftsmitgliedern im vergangenen Jahr und ergibt einen Mitgliederhöchststand.

„Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Mitgliedschaft Solidarität leben. Denn jedes einzelne Mitglied trägt zur Durchsetzungskraft unserer Solidargemeinschaft GÖD bei. Und eine hohe Mitgliederdichte ist bei Verhandlungen immer ein sehr star-

Vors. Schnedl:
„Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Mitgliedschaft Solidarität leben. Denn jedes einzelne Mitglied trägt zur Durchsetzungskraft unserer Solidargemeinschaft GÖD bei.“

kes Argument“, freut sich GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl über die steigenden Mitgliederzahlen.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen

haben während der Pandemie durch ihre verantwortungsvollen Tätigkeiten für das Funktionieren aller staatlichen Institutionen gesorgt. Im vergangenen Jahr hat sich umso mehr gezeigt, dass eine starke Gewerkschaft und vor allem auch ein stabiler Öffentlicher Dienst gerade in Krisenzeiten wichtiger denn je ist“, führt Schnedl weiter aus. Die GÖD ist eine starke Solidargemeinschaft und setzt sich auch in Zukunft mit aller Kraft für faire Arbeitsbedingungen ein. Sie bietet außerdem soziale Unterstützung, finanzielle Förderungen, Rechtsschutz, Beratung und zahlreiche Ermäßigungen für alle Mitglieder, um nur einige GÖD-Vorteile zu nennen.

STABILITÄT & SICHERHEIT

göd.fcg

Im Mittelpunkt der Mensch

goedfcg.at

Der gerade Michl

**Unsere Neutralität.
Keine Verhandlungssache.**

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon viele Monate an. Noch immer nicht hat der russische Machthaber Putin durchblicken lassen, was denn nun seine konkreten Ziele sind, die er mit dem Angriffskrieg erreichen möchte. Er hat durch seine Unverfrorenheit genau das geschafft, was er ursprünglich zu verhindern versuchte: eine weitere Annäherung der NATO an die russische Außengrenze. Die angrenzenden, neutralen nordischen Staaten Finnland und Schweden nämlich stellten nun - aufgrund Putins Unberechenbarkeit und der einhergehenden Bedrohung - ein Beitrittsansuchen an das nordatlantische Verteidigungsbündnis... und lösten damit auch in Österreich die Diskussion aus, ob denn unser Neutralitätsstatus noch zeitgemäß sei.

Ein offener Brief 50 Prominenter an Bundespräsident Alexander Van der Bellen fordert ein, Österreichs Sicherheitsdoktrin neu zu denken und durch Experten prüfen zu lassen. Folglich wurde die Diskussion auch in den Medien breitgetreten: so wurde beispielsweise diskutiert, inwiefern uns die Neutralität wirklich vor äußeren Bedrohungen schütze. Oder, andersrum, ob Österreich bei einem Angriff nicht alleine gelassen

würde - immerhin sei man nicht Teil des Verteidigungsbündnisses.

Die Neutralität ist zu tief verwurzelt in den Herzen der Österreicher und kann schon deshalb nicht zur Debatte stehen.

Neutralität tief verwurzelt

Man konnte sich des Eindrucks nicht verwehren, dass das ganze Land nur auf diese Neutralitäts- und Sicherheitsdebatte gewartet hätte. Dem ist nicht so - laut Umfragen hält ein Großteil der Bevölkerung der Neutralität fest die Treue. Interessehalber habe ich daher eine Instagram-Umfrage gestartet, was meine Follower von einem NATO-Beitritt hielten: 32 zu 5 Stimmen standen einem Beitritt mehrheitlich ablehnend gegenüber (5 weitere waren unentschieden). Und auch die politischen Parteien sind sich in dieser Sache jedenfalls durch die Bank einig. Der Bundeskanzler quittierte die Diskussion darüber mit den Worten „Österreich war neutral, Österreich ist neutral und Österreich wird auch neutral bleiben.“ Die Neutralität ist zu tief verwurzelt in den Herzen der Österreicher und kann schon deshalb

Neutral European countries



Fotos: Adobe Stock

nicht zur Debatte stehen. Und warum sollte sie das überhaupt? Die Situation Finnlands und Schwedens ist eine gänzlich andere. Wir sehen uns keiner direkten Bedrohung gegenüber; Fehlendes Engagement und zu wenig Beistand mit anderen EU- und NATO-Staaten kann Österreich jedenfalls nicht vorgeworfen werden. Zwar sind wir militärisch neutral, aber lange nicht Werteneutral. Auf Österreich kann man als lautstarken Verteidiger der freien Welt zählen!

Umso mehr gilt es nun, endlich unsere Neutralität zu pflegen, aufrechtzuerhalten und vergangene Versäumnisse schnell zu beseitigen. Das passiert mit dem „Neutralitätspaket“, welches das Bundesheer, als Verteidiger eben jener Neutralität, wiederaufbauen und einsatztauglich machen soll. Dieser Schritt ist bitter nötig!

Umso mehr gilt es nun, endlich unsere Neutralität zu pflegen, aufrechtzuerhalten und vergangene Versäumnisse schnell zu beseitigen.



Foto: BMI/Gerd Pachauer

Einsatzkommando Cobra/DSE Personenschutz



Dir. Treibenreif:

Personenschutz ist nur einer der vielen Teilbereiche des Einsatzkommandos Cobra/DSE. Alle der ca. 400 BeamtenInnen der Cobra sind auch für den Personenschutz ausgebildet – und werden somit auch anlassbezogen für diesen Dienst eingesetzt.

Personenschutz ist kein Spaß, weder für die beauftragten Beamten noch für die gefährdeten Personen. Personenschützer müssen im Dienst sehr flexibel sein – und ihren Tagesablauf stark an den Tagesplan der zu schützenden Person anpassen.

„Wenn die Schutzperson z.B. einen Marathon läuft, muss man eben jemanden einsetzen, der einen Marathon auch durchhält“, erklärt Bernhard Treibenreif, Direktor des Einsatzkommandos Cobra/Direktion für Spezialeinheiten. Während ihrer Arbeit sind die Personenschützer in Zivil unterwegs, um nicht aufzufallen, aber dennoch im Notfall eingreifen zu können. Auch das jeweils nächstliegende Krankenhaus und die nächste Polizeiinspektion muss der Personenschützer im Hinterkopf haben. Um sich die hohe Arbeitsstundenzahl aufzuteilen, sind pro Schutzperson ein Team von Personenschützern vorgesehen. Die Teamstärke wird dabei nach Einzelfall bewertet, wobei nähere taktische Details nicht preisgegeben

werden können. Viele Personenschützer sind oft junge Kolleginnen und Kollegen – jedenfalls müssen die PartnerInnen sehr oft auf ihre Anwesenheit zuhause verzichten.

„Der Personenschutz ist nichts Angenehmes. Auch nicht für die Schutzpersonen. Es handelt sich um eine große Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit für die Schutzperson“, stellt Bernhard Treibenreif fest.

Hochgefährdete Personen

Derzeit sind es rund zehn hochgefährdete Personen, die von staatlichen Personenschützern regelmäßig beschützt werden. Die Entscheidung, wer als hochgefährdet gilt und wer nicht, wird von der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst getroffen. Sie ist es auch, die den Auftrag an das Einsatzkommando Cobra weitergibt.

Wie wird man Personenschützer?

Nach zwei Jahren Polizeischule und zwei Jahren im exekutiven Außendienst in einer Polizeiinspektion kann sich eine Polizistin oder ein Polizist zur Aufnahme beim Einsatzkommando

Cobra bewerben. Rund 150 Bewerber stellen sich regelmäßig dem Aufnahmetest, bestehend aus einem Sportteil, einem medizinischen Check, einer psychologischen Testung und einem persönlichen Vorstellungsgespräch. 20 bis 30 Bewerber werden schließlich ausgewählt und haben auch den Personenschutz als fixen Bestandteil in ihrer Ausbildung.

„Die Ausbildung ist eine kompakte Schulung, bei der unter anderem Fahrtechnik, Nahkampf und Einsatzkommunikation trainiert werden. Es geht auch um das eigene Auftreten und die Wahrnehmung des Umfelds“, sagt Treibenreif. Nach absolvierter Grundausbildung müssen die Cobra-Beamten jährlich einen Leistungstest absolvieren.

Suche nach Personal

Neu ist, dass die DSE nun eigens ausgewählte PersonenschutzbeamtenInnen sucht, die ausschließlich im „Personenschutz“ tätig werden. Die Ausschreibung für das diesbezügliche, spezifische Auswahlverfahren ist gerade in Vorbereitung.

Durch die ausdrückliche Benennung der Strafvollzugsverwaltung in der StVO konnte die Sicherheit bei Eilüberstellungen von hochsicherheitsgefährlichen Insassen bzw. von akut erkrankten, oder in einer psychischen Ausnahmesituation befindlichen Insassen deutlich erhöht werden.



Foto: BMJ

Mehr Sicherheit bei Insassentransporten

Und wieder wurde eine jahrelange Forderung der FCG-KdEÖ Personalvertretung umgesetzt bzw. in die Novelle zur Straßenverkehrsordnung aufgenommen. Auch hier beweist es sich, dass restriktive PV-Arbeit und permanentes „Bohren harter Bretter“ zum Erfolg führen kann!

Durch die ausdrückliche Benennung der Strafvollzugsverwaltung im § 26a Abs. 1 StVO konnte im Zuge der 33. StVO Novelle die erforderliche Rechtslage hergestellt werden, um die Durchführung von verdeckten, von der Polizei begleiteten, internationalen Sicherheitsstandards entsprechenden Eilüberstellungen von hochsicherheitsgefährlichen Insassen bzw. von akut erkrankten, oder in einer psychischen Ausnahmesituation befindlichen Insassen, in nahegelegene Krankenanstalten im Wege einer Einsatzfahrt zu ermöglichen.

Die Strafvollzugsverwaltung konnte ihre diesbezüglichen gesetzlichen Aufgaben nur bedingt

nachkommen, weil die Einhaltung der Bestimmungen der StVO einen internationalen Sicherheitsstandards entsprechenden verdeckten Transport wesentlich einschränkte und damit das Risiko von Befreiungsangriffen auf einen derartigen Konvoi potenziell gesteigert hat, bzw. den schnellen Transport dieser extrem gefährlichen oder schwer erkrankten Insassen in nahe gelegene Krankenanstalten oder Justizanstalten im Wege einer Einsatzfahrt nicht zugelassen hat. Die Sicherheit unserer KollegInnen, aber auch jener der Öffentlichkeit bei Ausführungen und Überstellungen von Gefangenen konnte deutlich erhöht werden. Zufrieden über dieses Ergebnis zeigt sich jedenfalls der Vorsitzende der Personalvertretung und Vertreter der Justizwachtgewerkschaft.

Norbert Dürnberger

StVO neuer Text

§ 26a Abs. 1 lautet: „(1) Die Lenker von Fahrzeugen des öffentlichen Sicherheitsdienstes, des Entminungsdienstes, der Militärpolizei, der militärischen Nachrichtendienste, der Strafvollzugsverwaltung und der

Finanzverwaltung sind bei Fahrten, soweit dies für die ordnungsgemäße Ausübung des Dienstes erforderlich ist, an Halte- und Parkverbote, an Geschwindigkeitsbeschränkungen, an Fahrverbote gemäß § 52 lit. a Z 1, Z 6a, Z 6b, Z 6c, Z 6d, Z 7a, Z 7b, Z 8a, Z 8b, und Z 8c und an die Verbote bezüglich des Zufahrens zum linken Fahrbahnrand nicht gebunden. Sie dürfen auch Fahrstreifen und Straßen für Omnibusse und, sofern es sich um einspurige Fahrzeuge mit einer Bauartgeschwindigkeit von höchstens 45 km/h handelt, auch Radfahranlagen benützen. Die Lenker von Fahrzeugen des öffentlichen Sicherheitsdienstes dürfen Radfahranlagen auch dann benutzen, wenn dies für die ordnungsgemäße 2 von 10 197/ME XXVII. GP - Ministerialentwurf - Gesetzestext www.parlament.gv.at 3 von 10 Ausübung des Dienstes unerlässlich ist. Sie dürfen dabei aber nicht Personen gefährden, Sachen beschädigen oder den Radverkehr übermäßig behindern.“



Norbert Dürnberger
Vos. ZA-JW

Die Sicherheit unserer KollegInnen, aber auch der Öffentlichkeit bei Ausführungen und Überstellungen von Gefangenen konnte damit deutlich erhöht werden.



Foto: Adobe Stock

Das Amtsgeheimnis soll abgeschafft werden

„Angriff“ auf das Amtsgeheimnis!

Das Amtsgeheimnis sei absurd!
So quasi eine „Missgeburt“
Doch daran gilt es festzuhalten,
das fordern unsre Staatsgewalten!

Denn was im Amte so geschieht,
wie mancher seinen „Dienst“ versieht,
man hält es möglichst streng geheim,
erstickt es amtlich schon im Keim!
Denn oftmals ist's zu viel des Guten,
und schwer dem Bürger zuzumuten!

Doch soll man wirklich alles sagen,
was sich im Amte zugetragen?
Ist manche Auskunft nicht entbehrlich,
um nicht zu sagen „brandgefährlich“?

Wenn ich die Polizisten nenne,
und deren Job ich doch gut kenne,
die „streng geheim“ nach Spuren suchen,
und die nur so Erfolg verbuchen!

Drum reformiert nur mit Bedacht,
und überlegt gut, was ihr macht.
Denn Gauner müssen nicht erfahren,
welch Polizisten tätig waren,
die mutig ihre Arbeit machten,
den Täter vor den Richter brachten!

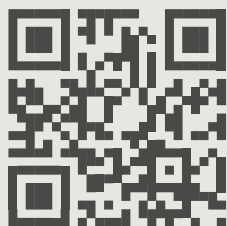
Drum seid so gut, differenziert,
bevor ihr blindlings reformiert.
Denn alles ist nicht „grottenschlecht“!
Es dient dem Selbstschutz, dies zu Recht!

Willibald Zach, Oberst i.R.



Willibald Zach, Oberst i.R.

**Drum reformiert
nur mit Bedacht,
und überlegt gut,
was ihr macht.**



Die Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres wurde im März 2022 in die INTERPOL Global Academy aufgenommen. Österreich ist somit nach Spanien das zweite Land in der Academy.

INTERPOL koordiniert die Zusammenarbeit der Polizeibehörden von 195 Mitgliedsstaaten. INTERPOL wurde 1923 in Wien ge-



SIAK ist Mitglied der INTERPOL Global Academy

gründet und das Generalsekretariat befindet sich in Lyon in Frankreich. INTERPOL stellt allen Mitgliedsstaaten ein sicheres globales Kommunikationssystem zur Verfügung, das dem Austausch von Informationen, der gemeinsamen Nutzung von Datenbanken und der grenzüberschreitenden Recherche/Fahndung von gesuchten Personen dient. Ein weiterer Schwerpunkt von INTERPOL liegt in der Förderung der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung sowie Aus- und Fortbildung.

INTERPOL Global Academy

Zur Stärkung dieses Bereichs gründete das INTERPOL-Generalsekretariat im Jahr 2019 die INTERPOL Global Academy. Diese trägt durch einen globalen Zusammenschluss von Expertinnen und Experten im Ausbildungsbereich und die Einbindung von zertifizierten Ausbildnern (train the trainer) zur Verbesserung der Ausbildungsstandards, -richtlinien und -initiativen bei. Die

Global Academy analysiert unter Einbindung der Polizeiausbildungszentren und Polizei-Universitäten der Mitgliedsstaaten den globalen Schulungsbedarf und entwickelt entsprechende Ausbildungsprogramme, die insbesondere auf digitalen Lernmethoden (Blended Learning und E-Learning) basieren.

Diese Vereinbarung sei ein wichtiger Schritt zur Intensivierung der Beziehungen zwischen der SIAK und dem INTERPOL-Generalsekretariat, betonte Dr. Norbert Leitner

Die SIAK hat sich vor mehr als einem Jahr als Mitglied beworben. Nach den notwendigen Prüfungsverfahren wurde die Vereinbarung durch den Direktor der Sicherheitsakademie,

Dr. Norbert Leitner, und den Exekutivdirektor für Technologie und Innovation des INTERPOL-Generalsekretariats, Madan M. Oberoi, unterschrieben.

Ein wichtiger Schritt

Seit März 2022 ist die Vereinbarung gültig und Österreich neben Spanien das zweite Mitglied des INTERPOL Global Academy Network in Europa.

Diese Vereinbarung sei ein wichtiger Schritt zur Intensivierung der Beziehungen zwischen der SIAK und dem INTERPOL-Generalsekretariat, betonte Dr. Norbert Leitner anlässlich der Unterzeichnung der Urkunde und bekräftigte, dass er die Etablierung innovativer Schulungen für die Sicherheitsbehörden anderer Mitgliedsstaaten in Europa und darüber hinaus sehr positiv sehe. Der Schwerpunkt bei den ersten Ausbildungsprogrammen werde auf unterschiedliche Formen der Cyberkriminalität und vor allem auf die Terrorismusbekämpfung gelegt werden.

INTERPOL koordiniert die Zusammenarbeit der Polizeibehörden von 195 Mitgliedsstaaten

www.dieexekutive.at





Polizeiliche Strahlenspürer – Wozu?

In Österreich sind etwa 500 polizeiliche „Strahlenspürer“ im Einsatz.

26. April 1986 01:23 – Tschernobyl

Als sich in jenem April 1986 die unvorstellbare Katastrophe in Tschernobyl ereignete, verfügte Österreich bereits über ein vollautomatisches Messnetz. Darüber hinaus waren schon damals ausgebildete „Strahlenspürer“ der Polizei in der Lage, die Behörden dabei zu unterstützen, die Gefahr zu erkennen und nötige Maßnahmen zu setzen.

Bis heute sind dreihundert österreichische Messstellen für die Früherkennung von Strahlung (im Boden und in der Luft) ununterbrochen in Betrieb. Dazu kommen die etwa 500 polizeilichen „Strahlenspürer“, deren Aufgabe es ist, ein kontaminiertes Gebiet rasch zu erkennen, abzusuchen und einzugrenzen. Im Bundesland Salzburg sind derzeit 34 Strahlenspürer im Dienst, die bis zu ihrem Einsatz eine

mehrstufige Ausbildung durchlaufen haben und regelmäßig weitergebildet werden.

Für die Früherkennung steht den Strahlenspürern der Polizei außerdem ein mobiles System zur Verfügung, das an (fast) jeder Örtlichkeit verwendet werden kann. So ist es etwa möglich, das System auch in Fahrzeugen oder in Hubschraubern der Polizei zu verwenden.

Damals, im Jahr 1986, fand der größte Teil der Freisetzungen radioaktiver Stoffe in den ersten zehn Tagen nach der Explosion statt. Bis Anfang Mai 1986 mussten alle Einwohner in einem Umkreis von 10 km um den Reaktor evakuiert werden.

Traumatische Erfahrung

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war eine traumatische Erfahrung für Österreich und Europa; am

Heuer jährt sich die nukleare Katastrophe von Tschernobyl zum 36. Mal.

Und noch heute gehen Gefahren von dem havarierten Atom-Reaktor aus. Der als Provisorium um den Reaktor errichtete „Sarkophag“ wurde mit den Jahren brüchig, Risse entstanden. 2016 wurde zwar ein neuer „Sarkophag“ errichtet und über den vorhandenen geschoben; doch der Umstand, dass sich das havarierte Kraftwerk derzeit im Kriegsgebiet der Ukraine befindet, fügt dem Szenarium einen neuen Risikofaktor hinzu.

schlimmsten steht es jedoch für die Bevölkerung der Ukraine, die bis heute mit einem erhöhten Aufkommen von Krebserkrankungen, aber auch mit sozialen und psychischen Traumata zu kämpfen hat; von der derzeitigen Kriegssituation ganz zu schweigen.

Der Jahrestag der Atomkatastrophe macht uns bewusst, dass die Gefahr, die von dem zerstörten Reaktor in Tschernobyl ausgeht, noch immer nicht gebannt ist.



Foto: LPD Salzburg

Die aktuelle Lage in der Ukraine steht unter permanenter Beobachtung der IAEA (Internationale Atom

Energie Behörde – Sitz bei der UNO in Wien), den österreichischen Ministerien und Koordinierungsstellen von Bund und Ländern.

Der Jahrestag der Atomkatastrophe macht uns be-

wusst, dass die Gefahr, die von dem zerstörten Reaktor in Tschernobyl ausgeht, noch immer nicht gebannt ist. Dies zeigt einmal mehr die Wichtigkeit der Spezialeinheit mit den 500 Strahlenspürern österreichweit.

Kurzer Ablauf (Timeline) der damaligen Ereignisse:

- Freitag, 25. April 1986: Die Reaktormannschaft des Atomkraftwerks Tschernobyl führt eine simulierte Notfallübung durch, im Zuge derer es zu Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften kommt.
- Samstag, 26. April 1986: um 1:23 wird der Leistungsanstieg unkontrollierbar. Es kommt zur Explosion von Block 4 des Kraftwerks. Radioaktives Material wird in die Atmosphäre geschleudert.
- Sonntag, 27. April 1986: Die Blöcke 1, 2 und 3 werden abgeschaltet.
- Montag, 28. April 1986: In Schweden (1600 km entfernt) werden erhöhte radioaktive Werte gemessen.
- Dienstag, 29. April 1986: Die Luftmassen befördern das ausgetretene Cäsium-137 vom 1.300 km

entfernten Tschernobyl bis nach Österreich, wo die Frühwarnsysteme einen bis zu zehnfach erhöhten radioaktiven Wert messen. Somit zählt das österreichische Bundesgebiet zu den am stärksten betroffenen Regionen Westeuropas. Am schlimmsten ist es in den Gebieten, in denen es regnet.

Die Reaktor-katastrophe von Tschernobyl war eine traumatische Erfahrung für Österreich und Europa.





Steiermark: Tag der Einsatzorganisationen

Foto: LPD Stmk

LPD Ortner betonte die gute Zusammenarbeit zwischen allen Einsatzorganisationen und bedankte sich bei den polizeilichen Kräften vor Ort für ihren Einsatz

Am Samstag, 21. Mai 2022, fand in Pöllau der Tag der Einsatzorganisationen statt. Bei dieser Veranstaltung konnte Landespolizeidirektor Gerald Ortner zusätzlich zu steirischen Polizistinnen und Polizisten auch Polizei-Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begrüßen.

Der Tag der Einsatzorganisationen gehört seit Jahren zum fixen Bestandteil namhafter Veranstaltungen in der Steiermark. So war auch die Polizei neben 40 weiteren Organisationen am Veranstaltungsgelände in Pöllau mit einem breitgefächerten Aufgebot vertreten. Für die Gesamtorganisation waren der Zivilschutzverband Steiermark und die Freiwillige Feuerwehr Pöllau verantwortlich.

Einsatzkommando Cobra und mehr

Beamte des Einsatzkommandos Cobra zeigten in einer gemeinsamen Vorführung mit dem Polizeihubschrauber ihr Können. Bei Informationsständen

Der Tag der Einsatzorganisationen gehört seit Jahren zum fixen Bestandteil namhafter Veranstaltungen in der Steiermark.

wurden auch weitere Spartenbereiche des polizeilichen Alltages wie GEMEINSAM.SICHER, die Kriminalprävention, der Verkehrsdienst, die Kinderpolizei sowie die Polizeirohne vorgestellt.

Spitzensportler der Polizei

Als besonderes Highlight gestaltete sich der Besuch der Polizeispitzensportlerinnen und Sportler. So gaben in Pöllau Elisabeth Aigner, Katrin Beierl, Harald Lemmerer, Ramona Siebenhofer und Tamara Tippler Autogramme und standen für Fotos zur Verfügung.

Landespolizeidirektor Gerald Ortner betonte in seinem Interview die gute Zusammenarbeit zwischen allen Einsatzorganisationen und bedankte sich bei den polizeilichen Kräften vor Ort für ihren Einsatz.

Den angereisten Sportlerinnen und Sportlern der Polizei wünschte der Landespolizeidirektor für ihre sportliche Zukunft alles Gute.



www.dieexekutive.at

Machtgeil & menschenverachtend

Machtgeil & menschenverachtend möchte die FSG nicht sein, lieber ein rotes Gsindl! So war dies in einem Post auf WhatsApp bzw. in der Homepage der FSG NÖ zu lesen.

Eigentlich interessant, denn die angebliche Reaktion auf die Chat-Nachricht einer ehemaligen Innenministerin aus dem Jahr 2016 an ihren damaligen Kabinetttchef, welches laut Medien „Rote bleiben Gsindl“ im Wortlaut gewesen ist, zeigt jetzt was seitens der FSG/SPÖ von der FCG gehalten wird und was wir in ihren Augen sind: machtgeil und menschenverachtend.

Weil das Post mit einem netten FSG-Funktionärsbild untermalt ist, fragt man natürlich höflichkeitshalber mal nach, wer damit und wie diese Unmutsäußerung gemeint sein könnte? Damit konfrontiert, redet sich der dafür Verantwortliche darauf aus, dass das alles nur eine Reaktion auf die angeführten drei Worte: „Rote bleiben Gsindl“ der Politik wäre und so gar nichts mit anderen zu tun hätte. Schließlich wäre man es leid, als FSG so tituliert zu werden.

Sich selbst als Gsindl zu bezeichnen, hat eine gewisse Qualität, die bisher noch keiner Fraktion eingefallen ist. Bisher hat sich jede in der Polizeipersonalvertretung tätige Fraktion so präsentiert, dass man als Kollegin bzw. Kollege stolz auf die jeweilige Zugehörigkeit oder Sympathieerklärung ist/war. Ob es jetzt mit dem BIMAZ (Bester Innenminister aller Zeiten) oder anderen Bezeichnungen, die sich die jeweilige Fraktion zugeschrieben hat, war – die Selbstdarstellung mit dem abwertenden Gsindl-Wort

hörte und las ich - erstmalig. Aber auch ich darf immer wieder noch dazulernen, selbst wenn es irgendwie befremdend ist.

Machtgeilheit und Menschenverachtung einer Fraktion vorzuwerfen, mit der man, angeblich, sehr gut zusammenarbeitet und dies, wieder angeblich, in der Kollegenschaft der Polizei zu jeder sich bietenden Gelegenheit erwähnt, hat auch eine besondere Qualität. Entweder wird das Gesagte nicht so ernst gemeint, oder die angeblichen Partner schwer verarscht. Irgendwie passen SEIN und SCHEIN nicht zusammen, vor allem dann, wenn von der angeprangerten Machtgeilheit der FCG in eigener FSG-Sache profitiert wurde, da man für so manche angestrebte Entscheidung alleine zu brustschwach gewesen wäre.

Auch eine immer wieder halbherzig versuchte Distanzierung von der Politik gelingt nicht, wenn man diese Distanzierung bei der erstbesten Gelegenheit vergisst und sich von der Politik missbrauchen lässt. Es hilft, meiner Meinung, auch nicht, auf andere Fraktionen mit dem Finger zu zeigen und als PFUI zu bezeichnen, vor allem wenn man es selber praktiziert. Wir als Polizistinnen und Polizisten sind im jährlichen Vertrauensindex der Bevölkerung gegenüber den öffentlichen Institutionen und Berufen immer unter den Top-Drei platziert. Und daher sollten wir es möglichst vermeiden uns von der Berufsgruppe der Politikerinnen und Politiker, die in dieser Reihung zuverlässig immer unter den letzten Drei liegen, vereinnahmen zu lassen.

Ich weiß, dass das ein frommer Wunsch ist. Hoffentlich

nicht so, wie der Wunsch, dass die FSG von der künstlichen Aufgeregtheit der Politik wieder loskommt und Abstand gewinnt.

Und weil wir gerade beim Wünschen sind, auch der Wunsch an die Funktionärinnen und Funktionäre der FCG, dass sie die Motorhaubengravur „FCG-Sau“ am PrivatPKW durch „Unbekannt“ und die lautstark gerufenen Bezeichnungen als „Schwarze Sau“ von ZA-FSG-Altfunktionären vergessen mögen.

Die ehemaligen Kabinettsmitarbeiter die aus der Wand heraushängenden Kabel ohne irgendwelches Inventar, Computer, Telefonen usw. nicht mehr hervorkramen und erwähnen, denn so war das seinerzeit nach der Übergabe von SPÖ auf ÖVP im BMI nicht.

Bitte vergesst auch die in persönlichen Gesprächen praktizierte Ausdrucksweise „An Schwoarzn brauch i net, do passt nur a Roda eini!“

Willkürliche Versetzungen innerhalb von einem Bundesland, wegen angeblichen versäumten Grüßens eines ehemaligen hochrangigen Polizeioffiziers und jetzigen Politikers, waren niemals an der Tagesordnung und existent. Das Zitierte entspricht nur dem FCG-Traumland und die Alzheimer gezeichneten FSG-Jetztfunktionäre können sich daran nicht erinnern. Man hält es lieber mit der Aussage des Herrn Bundespräsidenten: „So sind/waren wir nie/nicht!“ und der Eigenbezeichnung „rotes Gsindl“.

Kameradschaftliche Grüße!

Euer
Günter Lameraner, FA NÖ



Günter Lameraner, FA NÖ





Foto: Adobe Stock

Seniorenrats-Präsidentin Ingrid Korosec ist starke Kämpferin für Seniorinnen und Senioren.

Auf Initiative unserer Seniorenrats-Präsidentin Ingrid Korosec wird nun ein Gesetz gegen unfaire Altersdiskriminierung ausgearbeitet.

„Damit ist endlich Schluss mit der Altersdiskriminierung bei Kreditvergaben“, begrüßt ÖVP-Konsumenschutzsprecher Abg. Peter Weidinger die Ankündigung. Bereits im Sommer 2020 habe Korosec auf diesen Missstand hingewiesen und eine Kampagne gestartet. Seitdem gibt es zwischen Seniorenrat und Bankenverband eine

Vereinbarung, gemeldete Problemfälle zu prüfen und eine bestmögliche Lösung zu finden. Nun soll die gesetzliche Anpassung nach „deutscher Lösung“ folgen.

Wer genügend Sicherheiten hat, soll auch einen Kredit bekommen können.

In Österreich verweigern Banken älteren Menschen oft einen Kredit, wenn die Tilgung länger dauert als die statistische Lebenserwartung. Ältere Menschen konnten bisher trotz aus-

reichender Sicherheiten oft keinen Kredit mehr aufnehmen. „Mit der Anpassung der Rechtslage an Deutschland sollen solche Fälle nun der Vergangenheit angehören. Denn wer genügend Sicherheiten hat, soll auch einen Kredit bekommen können. Das sind langfristige Verbesserungen für die Seniorinnen und Senioren“, sagt Weidinger. Abschließend bedankt sich Weidinger bei der Seniorenrats-Präsidentin Korosec: „Ingrid Korosec ist eine starke Kämpferin für unserer Seniorinnen und Senioren. Ich bedanke mich für den unermüdlichen Einsatz“.

Pressestelle
ÖVP-Parlamentsklub



Foto: Adobe Stock

Wöginger: „Wir gehen mit der Pflegerereform auf Bedürfnisse und Anforderungen des Personals und der pflegenden Angehörigen ein“.

ES ist eindeutig ein großer Wurf, den wir mit dieser Pflegerereform mit den großen Schwerpunkten für pflegende Angehörige, für das Pflegepersonal, hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und des Berufsrechts präsentierten. Das sagte ÖVP-Klubobmann und ÖVP-Sozialsprecher Abg. August Wöginger bei der

Präsentation der Pflegerereform.

Eine Milliarde

Das Paket umfasst insgesamt über 20 Maßnahmen mit einem Volumen von einer Milliarde Euro für den Pflegeberuf, die Ausbildung sowie für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode. Am „Tag der internationalen Pflege“

dankte Wöginger allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Pflegebereich und zollte auch den pflegenden Angehörigen Respekt für diese schöne, aber auch – vor allem in den letzten beiden Jahren – herausfordernde Aufgabe. Es sei wichtig, dass viele tausende Menschen bereit sind, in diesen Beruf zu gehen oder die Betreuung zuhause zu übernehmen.

Arbeitnehmerveranlagung für Pensionisten

Nicht vergessen – ein Blick auf das persönliche Steuerkonto oder zumindest auf seine Kontoeingänge lohnt sich auch für Senioren. Mehrere Millionen Euro von zu viel bezahlten Steuern werden jedes Jahr beim Finanzamt einfach „liegen gelassen“.

Mit der Arbeitnehmerveranlagung - einem Lohnsteuererausgleich – kann man sich auch im Ruhestand Geld vom Finanzamt zurückholen!

Die antragslose Arbeitnehmerveranlagung

Diese wurde für die Veranlagungsjahre ab 2016 eingeführt, damit Personen mit geringem Einkommen oder Mindestpension ihre Steuergutschrift jedenfalls erhalten. Also, ohne Verwaltungsaufwand zur Steuergutschrift – das ist möglich. Dies erfolgt in der zweiten Jahreshälfte (z.B. 2022 für das Jahr 2021) von Amts wegen, das heißt ohne Abgabe einer Steuererklärung.

Durch die antragslose Arbeitnehmerveranlagung erhalten Steuerzahler unter bestimmten Voraussetzungen eine Steuererstattung – unabhängig von einem Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung. Betroffen sind Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die bis 30. Juni des Folgejahres keine Steuererklärung abgegeben haben. Auf diese Weise wird zu viel einbehaltene Lohnsteuer automatisch refundiert oder Sozialversicherungsbeitrag rückerstattet.

Wann erfolgt von Amts wegen eine antragslose Arbeitnehmerveranlagung?

Diese wird durchgeführt, wenn



- aus der Aktenlage anzunehmen ist, dass im Vorjahr nur lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen worden sind,
- die Veranlagung zu einer Steuergutschrift führt und
- aufgrund der Aktenlage nicht anzunehmen ist, dass auch noch Werbungskosten, von der automatischen Datenübermittlung nicht erfasste Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen oder antragsgebundene Freibeträge oder Absetzbeträge (z.B. Unterhaltsabsetzbetrag, Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag) geltend gemacht werden.

Was kann ich machen, wenn ich mit dem Bescheid aus der antragslosen Arbeitnehmerveranlagung nicht einverstanden bin?

Dann kann eine Arbeitnehmerveranlagung elektronisch via FinanzOnline oder mit dem ausgefülltes Formular L1 an das Finanzamt abgegeben werden.

Das wird dann sinnvoll sein, wenn zusätzliche Abzugsposten (z.B. außergewöhnliche Belastungen) geltend gemacht werden können. Das Finanzamt hebt dann den Bescheid aus der antragslosen Veranlagung auf und entscheidet unter Berücksichtigung der eingebrachten Erklärung.

Grundsätzlich kann eine Arbeitnehmerveranlagung über „FinanzOnline“ oder mit Formular beantragt werden, um zu viel bezahlte Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge oder den Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag vom Finanzamt erstattet zu bekommen.

Ab wann kann die Arbeitnehmerveranlagung beantragt werden?

Seit März 2022 kann der Steuerausgleich für 2021 durchgeführt werden.

Bis Ende 2022 kann ein Lohnsteuerenausgleich auch noch für die letzten fünf Jahre – also für 2020, 2019, 2018 und 2017 eingereicht werden.

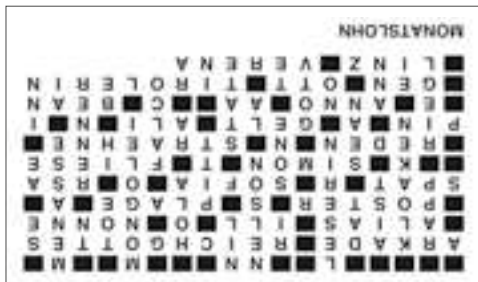


Josef Kern
Referent für
Seniorenangelegenheit

Senioren/innen

Schwedenrätsel

Bogen- gang	öster- r. En- ter- tainer (Peter)	Ab- wasser- schleusen	Fluss in OÖ.	digitale Audio- cassette (Abk.)	Bücher- freund- in	US-amer. Country- sänger (Wille)	ägypt. Fluss	spani- sches Gruß- wort	Staat in Zentral- asien	englisch: Zeh	Autorin von „Vienna“ (Eva)	chem. Zeichen für Selen	
					Begriff aus dem Alten Testa- ment					8			
mit ande- rem Namen				4	Fluss in West- Öster- reich		US-amer. Schau- spieler (Brad)		Ordens- frau				
Plakat als Wand- schmuck						ein Laut- stärke- maß	Mühsal, Tortur			7	öster- r. Kanzler †1950 (Karl)	Initialen Einsteins	
					Vorname d. Schau- spieler Connery	Haupt- stadt Bulgariens			öster- r. Pop- sänger †1998		Rück- schein- brief in Österr.	6	
ein Mineral	öster- r. Kunst- histori- ker †		einer der zwölf Apostel Jesu				englisch: Staat		Wand- kleidung im Bad				
artiku- lieren					öster- r. Privat- TV- Sender	Haar- büschel						Fluß durch Kufstein (Tirol)	
			engl. Frauen- kurz- name	öster- r.: nicht wahr?							9	3	Drei- finger- taulier
persönl. Geheim- zahl (Abk.)		im Jahre				Init. d. Psycho- logen Adler †	ugs.: zeit- gemäß	ägypti- scher Sonnengott		Figur von Rowan Atkinson: Mr. ...			
Abk.: Buch Genesis (A.T.)				10	öster- r. Sängerin †2019	West- öster- reicherin							
öster- r. Stadt an der Donau					Vors. der ORF- Moderatin Scheltz							1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	



Noch mehr Rätsel (online oder zum Ausdrucken) findest du unter www.raetselecke.at/

Kennst du den schon?

Drei Angeklagte sitzen vor ihrem Richter (der schielt).
 Richter zu dem vor ihm links Sitzenden: „Angeklagter, was haben Sie am Tatort zur Tatzeit gemacht?“
 Der in der Mitte sitzende Angeklagte antwortet:
 „Ich war gar nicht am Tatort zu dieser Zeit.“
 Richter: „Sind Sie ruhig, Sie habe ich nicht gefragt.“
 Der ganz rechts Sitzende antwortet: „Ich habe auch gar nichts gesagt.“



Foto: Sarah Stark_pixelio.de



www.dieexekutive.at

Sudoku – trainiere deine Gehirnzellen!

Trage die Zahlen von 1-9 so ein, dass sich jede dieser neun Zahlen nur einmal in einem Neunerblock, nur einmal auf der waagrechten und nur einmal auf der senkrechten Zeile befindet. Viel Erfolg!
Auf www.sudoku-aktuell.de findest du noch mehr Sudokus.

SUDOKU-Lösungen auf Seite 45

LEICHT

			9		7			
						4	1	5
6	8	3						
						7	2	
1	6	4						
			3		9		5	
8	3		6					
7				1				8
				8		3		9

SCHWER

9	3		2					8
			5			4		2
			3		4		9	7
	8		4	6	3			
7	4	2						3
						8	5	
						2		6
8	7	1						
			7	5	9			

Über den Tella rand ...

Nichts kaufen, alles haben??



Foto: Adobe Stock

Viele spüren es – der sprichwörtliche Gürtel muss enger geschnallt werden. Die Preise steigen, schrittweise wird es in immer mehr Bereichen spürbar. Im Supermarkt, an der Tankstelle. Mieterhöhungen und Nachzahlungen. Staatliche Zuckerl sind vorhanden und fühlen sich gut an. Aber es bleibt der Gedanke, wie es nachhaltig weitergeht.

Ich bin zuletzt über ein Buch gestolpert – „nichts kaufen, alles haben“. Es beschäftigt sich damit, wie reduzierter Konsum gelingen kann, wie soziale Gemeinschaften, die auf Teilen basieren, entstehen können und wie man dadurch sich selbst und der Umwelt einen Gefallen tut. Skepsis hat sich breit gemacht. „Unrealistische Hippie Flausen“ und „dogmatischer Verzicht“ sind mir eingeschossen.

Immer mehr von uns geraten unter Druck. Selbst wenn man sich glücklich schätzen kann und nicht nahe der Armutsgrenze lebt, so wird es zumindest für viele von uns zusehends schwieriger, den Lebensstandard zu halten. Eine Einschränkung hier, ein Verzicht da. Eine weitere Komponente geht damit einher – der soziale Druck. Ist unsere Kultur nicht stark geprägt von einer Trennung zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen? Vermögen und „sich was leisten können“ sprechen wir Erfolg, ja, Wert zu. Während wir häufig Armut, geringen Status und Scham in einen Topf werfen.

Vielleicht lohnt sich ja so mancher Schritt aus der Komfortzone?

Doch viele Ansätze regen durchaus zum Nachdenken und -machen an. Vielleicht lohnt sich ja so mancher Schritt aus der Komfortzone – für einen gesünderen Geldbeutel, weniger Umweltbelastung und ein schöneres Miteinander? fragt sich



Foto: © BMI/Jürgen Makowecz

Mission beendet

Seit 23. März 2022 haben 36 Polizeischülerinnen und Polizeischüler des Bildungszentrums Wien die Eigentümer der per E-Mail gemeldeten „Nachbarschaftsquartiere“ durchgerufen, um bei der Erhebung näherer Details wie Größe und Ausstattung der Unterkünfte zu unterstützen.

Mit ihrer Arbeit im Call Center haben die angehenden PolizistInnen die zuständige Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) und die Bundesländer unterstützt.

Nachdem alle Quartiergeber, die bisher eine Unterkunft gemeldet haben, kontaktiert worden sind,

kehren die Polizeischülerinnen und Schüler wieder in das Bildungszentrum zurück.

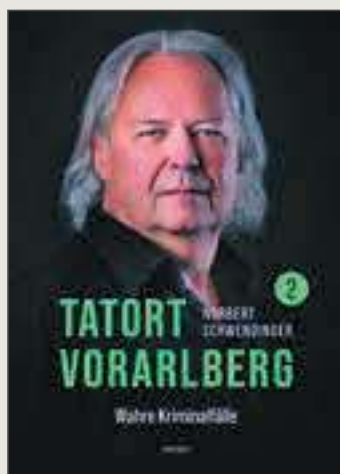
„Die Polizeischülerinnen und Polizeischüler haben täglich mehr als 650 Quartiergeber angerufen und dabei viel Engagement und Fingerspitzengefühl gezeigt.“

Die Quartiergeber haben äußerst positiv auf die Kontaktaufnahme reagiert.

**PolizeischülerInnen
haben rund 9000
Quartiergeber für
Geflüchtete durch-
gerufen**

Ich bedanke mich für diese wichtige Arbeit – die Polizeischülerinnen und – Schüler haben bewiesen, dass sie auch mit neuen und unerwarteten Aufgaben sehr professionell umgehen können“ sagt BM Gerhard Karner.

TATORT VORARLBERG 2: Wahre Kriminalfälle



Norbert Schwendinger hat in seiner Zeit als Chefermittler und Leiter des Morddezernats mit seinem Team eine Vielzahl an Delikten bearbeitet und dabei eine Aufklärungsquote von nahezu 100% erfüllt. In diesem 2. Buch werden wieder 12 ausgewählte Kriminalfälle, deren Vorgeschichte sowie die Ermittlungsarbeit im Detail beschrieben – ein Blick hinter die Kulissen der Polizeiarbeit.

Im Mai 2010 wurde am Hochhäderich ein junger

Mann buchstäblich hingegrübelt. Das Entsetzen war riesig, als im Jänner 2011 der damals dreijährige Cain vom Lebensgefährten seiner Mutter zu Tode geprügelt wurde.

Und auch das Jahr 2016 bleibt in Erinnerung. In der Horrornacht von Nenzing schoss ein Mann nach einem Streit mit einem Maschinengewehr im Festivalgelände wahllos um sich.

Wenige Monate später ging ein psychisch kranker Mann im fahrenden Regi-

onalzug mit einem Messer auf zwei ihm vollkommen unbekannte junge Männer los und verletzte sie schwer. Der Täter konnte unter Mithilfe von Zeugen im Zug überwältigt und festgenommen werden.

Verlag: edition V
Autor: Norbert Schwendinger
Seiten: 216
Taschenbuch
Erscheinungstermin: 6. Oktober 2022
Preis: € 28,-

Am 31. März 2022 wurde die Polizeistreife Krems/Donau 1, besetzt mit Insp. Anna G. und Insp. Jonas H. von der Landesleitzentrale zu einem Einsatz zur Absicherung der Landung des Rettungshubschraubers, Christophorus 2' nach Egelsee, Bezirk Krems, beordert.



Foto: © LPD NÖ

Insp. Anna G. und Insp. Jonas H. der Polizeiinspektion Krems/Donau

Lebensrettung in Egelsee/Bezirk Krems

Bei diesem Einsatz konnte gemeinsam mit dem Roten Kreuz und dem ÖAMTC-Rettungshubschrauber-Team einer mit dem Rollator gestürzten 83-jährigen Patientin das Leben gerettet werden.

Dankschreiben

Nach dem Einsatz richtete Georg Schratzenbacher MBA, Leitender Flugretter Christophorus 2 ein Dankschreiben an die Polizeiinspektion Krems mit folgendem Inhalt:

„Es ist mir ein persönliches Anliegen der Besatzung des o.a. Funkwagens mein herzliches Dankeschön auszurichten. Die Kollegin und der Kollege haben heute um 1050h in Egelsee, Ziegelofengasse 2 gemeinsam mit den Kollegen des Roten Kreuz Langenlois und uns um ein Leben gekämpft. Beide uniformierten Exekutivbeamten haben nicht nur perfekt reanimiert, sondern auch beim sehr anspruchsvollen Abtransport aus dem Objekt unterstützt! Nur durch die gemeinsame Mühe ist es uns möglich gewesen die Dame erfolgreich zu reanimieren! Respekt und Hochachtung vor deinen BeamtenInnen welche weit über die „normale“ EAH hinaus unterstützten!

Mit freundlichen Grüßen
Georg Schratzenbacher, MBA, Leitender Flugretter Christophorus 2 / Christophorus Flugrettungsverein“

Die Landespolizeidirektion Niederösterreich spricht den beiden Beamten für die lebensrettenden Maßnahmen ebenfalls Dank und Anerkennung aus.

Die Landespolizeidirektion Niederösterreich spricht den beiden Beamten für die lebensrettenden Maßnahmen ebenfalls Dank und Anerkennung aus.

Die Landespolizeidirektion Niederösterreich spricht den beiden Beamten für die lebensrettenden Maßnahmen ebenfalls Dank und Anerkennung aus.

Polizisten leisteten Erste Hilfe

Die Polizisten des „SIG-42“ (Schnelle Interventionsgruppe der LPD OÖ) konnten am 13. April 2022 einem 22-Jährigen aus Leonding das Leben retten.

Der 22-Jährige befand sich um 00:55 Uhr in einer Straßenbahn in Linz als er plötzlich zusammenbrach. Gemeinsam mit den Kräften des ÖRK wurde der Mann sofort versorgt und durch die „SIG-42“-Kräfte wurde mit der Herzdruckmassage begonnen. Das ÖRK stellte den Defi bereit, dieser kam jedoch nicht zum Einsatz. Die Atmung des 22-Jährigen setzte wieder ein und der Puls war wieder fühlbar. Der Mann wurde in



Foto: LPD OÖ

die stabile Seitenlage gebracht und vom Notarzt übernommen. Anschließend

wurde der 22-Jährige in ein Linzer Krankenhaus transportiert.



ten Schmerzreiz bei dem Baby. Mit Erfolg: Der Bub begann laut zu schreien und atmete wieder regelmäßig. Bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes und des Notarztes blieb der Bub in Bauchlage in der Unterarmposition.

Durch das rasche Eintreffen und das engagierte Einschreiten der Polizistinnen konnte ein Herzstillstand und in weiterer Folge eine Reanimation verhindert werden.

Polizistinnen retten Säugling das Leben

Polizistinnen als Lebensretter für den Säugling

Foto: © LPD Wien

Der Gesundheitszustand eines dreiwöchigen alten Babys verschlechterte sich immer mehr. Zwei Polizistinnen der Polizeiinspektion Lehmannngasse reagierten schnell und konnten dadurch das Leben des Säuglings retten.

Es war der 25. März 2022. In einer Wohnung in Wien Liesing begann ein kleiner

Säugling spät am Abend zu krampfen und bekam schlecht Luft. Die Mutter verständigte sofort die Einsatzkräfte. Zwei Polizistinnen der Polizeiinspektion Lehmannngasse legten das Baby in Bauchlage auf den Unterarm einer der Beamtinnen. Dadurch konnten sie den Herzschlag kontrollieren, der langsamer wurde und plötzlich aussetzte. Die Polizistinnen setzten gezielt einen kontrollier-

Große Wiedersehensfreude

Einige Tage musste der kleine Bub im Krankenhaus verbringen. Zu einem Wiedersehen zwischen den Polizistinnen und dem Säugling kam es am 23. April 2022. Die zwei Lebensretterinnen freuten sich sehr über den Gesundheitszustand des Buben, dem sie einen Polizeiteddybären überreichten.

DIGITALE FORENSIK. DIE ZUKUNFT DER VERBRECHENSAUFKLÄRUNG



Es sind scheinbar aussichtslose Fälle: Das Kind, das von einer Brücke in den Tod stürzte. Das Video, auf dem zu hören und zu sehen ist, wie im Leipziger Rockerkrieg ein Mann erschossen wird. Oder der Tatort eines schweren Raubes, an dem es zwar viele Spuren aber nur wenige Erkenntnisse gibt.

Er rekonstruiert Tatorte in 3-D-Modellen, simuliert den Tathergang und schafft digitale Doubles von Opfern und Tätern.

Immer dann, wenn Ermittler mit klassischen Methoden der Spurenauswertung nicht weiterkommen, wenden sie sich an Dirk Labudde. Anhand seiner spannendsten Fälle zeigt er, dass

die Zukunft der digitalen Forensik längst begonnen hat, welche Chancen darin liegen, aber auch welche Risiken.

Verlag: Lübbe
Autor: Dirk Labudde
Seiten: 240
ISBN: 978-3-431-05032-5
Paperback: € 14,99
Hörbuch (Download) ungekürzt: € 13,99



www.dieexekutive.at